

Das Schaffhauser Stimmvolk befindet am 27. November über die Atomausstiegsinitiative

Schneller raus aus der Kernkraft

ABSTIMMUNGEN – Eine Initiative will den Ausstieg der Schweiz aus der Kernkraft beschleunigen. Bund und Gegner befürchten Versorgungsengpässe.

Ramona Pfund

Schaffhausen. Am 27. November entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie», auch Atomausstiegsinitiative genannt. Diese möchte einerseits neue Kernkraftwerke verbieten, andererseits will sie die Laufzeit der bestehenden begrenzen, die derzeit unbefristet ist, solange die Werke sicher sind. So müssten die fünf Schweizer Werke in den nächsten Jahren abgeschaltet werden. Konkret bedeutet dies, dass Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg bereits im nächsten Jahr das Ende ihrer Lebensdauer erreicht hätten, Gösgen müsste 2024, Leibstadt 2029 abgeschaltet werden. Zudem verlangt die Initiative, dass der Bund seine Strategie stärker auf die Förderung erneuerbarer Energien, effiziente Energie-



Bei einer Annahme der Atomausstiegsinitiative soll unter anderem das Kernkraftwerk Mühleberg im kommenden Jahr abgestellt werden.

nutzung und entsprechende Sparmassnahmen auslegt.

Sicherheit für die Bevölkerung

Initianten und Befürworter (in Schaffhausen: SP, Juso, AL, GLP, ÖBS, EVP) plädieren für mehr Sicherheit für die Bevölkerung und Schutz der Heimat. Sie beziehen sich dabei auf den Reaktorunfall in Fukushima (2011). Der vom Bund beschlossene Atomausstieg geschieht für das

Initiativkomitee ohne ordentlichen Plan. Es setzt sich für den schrittweisen Ausstieg ein und somit für den Ausbau der erneuerbaren Energien, von denen die Schweiz voll sei. Die Initianten sehen darin eine Stärkung der heimischen Energieproduktion und der Versorgungssicherheit.

Fokus auf Energiestrategie 2050

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab und halten an der Energie-

strategie 2050 fest, die den Ausstieg aus der Atomenergie vorsieht. Sie argumentieren, einer Annahme der Initiative würde eine kurzfristig deutlich niedrigere Stromproduktion in der Schweiz folgen, da mit der Abschaltung von drei Werken 2017 ein Drittel des Kernkraftstroms fehlen würde. Erneuerbare Energien könnten diesen Wegfall nicht rasch genug kompensieren, weshalb deutlich mehr Strom als bisher importiert werden müsste. Dieser würde aus Deutschland und Frankreich stammen, wo neben Kernkraftwerken oft Kohlekraftwerke zum Einsatz kommen, welche die Umwelt stark belasten.

Problematisch sei bei diesem Aspekt zudem, dass unsere derzeitigen Leitungen nicht ausreichen würden, um überhaupt genügend Strom zu importieren. Die Schweiz wäre gezwungen, die Netzinfrastruktur rasch auszubauen. Auch bei den Kosten sehen die Gegner schwarz: Die Betreiber der Schweizer Kernkraftwerke würden Entschädigungsansprüche für ihre Investitionen fordern. Gegner findet die Volksinitiative auch in verschiedenen Schaffhauser Parteien, namentlich in der SVP, FDP, EDU oder CVP.



Richard Altorfer

Kari, cool: 2008: «Yes, we can!» 2016: «Shit, he did!»

Eigentlich wollten die Jusos ja eine Initiative zur Einführung der 25-Stunden-Woche lancieren. Wie? Was und weiter? Das war's schon. Feierabend. Verschoben.

Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen. (Abraham Lincoln, 1866. Dabei kannte der die Clintons noch gar nicht.)

Am Telefon ein Meinungsforschungsinstitut. Thema: die kommende Abstimmung. Vorgängiger Frage: «Könnten Sie mir Ihre Alterskategorie sagen?» Nach Angabe des Jahrgangs: «Aha. Und Ihr Mann?» Ein Anflug von Hoffnung: vielleicht eine ältere Frau mit einem jüngeren Mann. Aber leider – des Ehemanns Jahrgang differiert um Jahre – in die falsche Richtung. Der freundliche Herr am andern Ende der Leitung resigniert: «Oh, dann will ich Sie nicht weiter belästigen.» Klick! Erster Tipp: Wer nicht belästigt werden will, gibt seinen Jahrgang mit 1951 oder älter an. Zweiter Tipp: Man frage nach dem Auftraggeber der Umfrage und mache ihn publik. Dritter Tipp: Keine Bange! Noch zwei, drei Jahre, dann sind wir (wir, das sind die, die man «nicht weiter belästigen will») in der Mehrheit! Das wird einiges ändern.

Hauptgrund für Stress ist der tägliche Kontakt mit Idioten. (Einstein)

Die «Millenials», die in den 1980er- und 1990er-Jahren Geborenen, hätten Clinton gewählt. Hätten, denn sie gingen nicht zur Wahl. Man nennt sie nicht umsonst Generation Y, Selfiekings oder Sinnsuchende mit Bindungsängsten. Sie sind zwar wie seinerzeit die Babyboomer, Flowerpower- und Anti-Vietnamkriegsgeneration links, aber irgendwie anders links. Sie sind zwar gegen Kernenergie, finden aber Party und eine gesunde Work-Life-Balance wichtiger. Sie sind verwöhnt, selbstverliebt und haben (noch) nicht begriffen, dass ein «likes» oder ein nach unten zeigender Daumen in den Social Media nichts verändert.

Trump-Nachlese: «Tages-Anzeiger»: «Trump wird niemals Präsident, er hat nicht mal Aussenseiterchancen.» Doch der «Tagi» ist nur eine von tausenden Zeitungen, TV-Stationen und Politfachleuten, die sich vor der Wahl über den «Clown» Trump lustig machten. Auch Barack Obama gehörte zu ihnen. Peinlich, peinlich. Zusammenschmitt gefällig? (www.redflagnews.com/headlines-2016/video-compilation-when-people-laughed-at-the-idea-of-trump-actually-being-elected-president)

Unzählige Sänger, Schauspieler, Comedians, von Barbra Streisand bis Cher, haben grossprüpft angekündigt, das Land zu verlassen, wenn Trump Präsident wird. Mal schauen, wieviele die «Versprechen» wert sind, jetzt wo's ernst wird. Wie? Keiner will sie?

Der dumme Spruch am Ende: Ein Gehirn wächst das andere.

Anzeige

MEISTER KÜCHEN

Befürworterin: Martina Munz, SP-Nationalrätin



Die Volksinitiative verlangt einen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029. Die Gegenseite warnt vor Blackouts sowie Import von Dreckstrom und droht mit Milliardenklagen. Das ist empörend, denn die Fakten sind klar: Die Erneuerbaren haben sich bewährt und stehen bereit. In Europa wird alle 18 Tage so viel Produktionskapazität an erneuerbarer Energie zugebaut, wie ein AKW in der Grösse von Mühleberg liefern kann. Wir müssen also nicht den gefährlichen Atomstrom durch Dreckstrom ersetzen. Durch das Abschalten der AKW wird auch die Wasserkraft wie zum Beispiel das Rheinkraftwerk in Schaffhausen wieder rentabel.

Die alten Atomkraftwerke sind anfällig geworden. Sie stehen in ihrer letzten, sehr unfallträchtigen Betriebsphase. Zurzeit stehen sowohl das grösste Schweizer AKW in Leibstadt wie auch das älteste in Beznau aufgrund ungelöster Sicherheits-

probleme still. Deshalb ist es richtig, die ältesten AKWs im nächsten Jahr vom Netz zu nehmen. Damit besteht weniger die Gefahr, dass ein AKW «ausgewunden» wird und es zu einem GAU kommen könnte.

Ein geordneter Ausstieg bringt viele Vorteile. Er verringert das Risiko einer atomaren Verstrahlung unseres Lebensraums. Ein geordneter Abschaltplan bringt zudem Planungssicherheit für die Elektrizitätsversorgung in unserem Land. Ein Hinauszögern des unabwendbaren Endes der Atomkraft macht volkswirtschaftlich sowieso keinen Sinn, denn die AKWs sind hoch defizitär. Der Atomstrom deckt nicht einmal seine Herstellungskosten.

Für uns Schaffhauserinnen und Schaffhauser kommt etwas Wichtiges dazu: Mit jedem Tag produzieren die AKWs zusätzlichen, hochgiftigen Atom- und Abfallmüll. Ein Atom- und Abfallmülllager wird nie akzeptiert werden ohne klares Ende der Schweizer Atomkraftnutzung.

Ein JA zum geordneten Atomausstieg am 27. November schafft Sicherheit.

Gegner: Hannes Germann, SVP-Ständerat



Die Ausstiegsinitiative gaukelt in ihrem Titel vor, einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie zu bewirken. Das Gegenteil ist der Fall. Tatsache ist: Die fünf Kernkraftwerke (KKW) steuern fast 40 Prozent der Schweizer Stromversorgung bei. Drei von fünf Schweizer Kernkraftwerken müssten bei Annahme der Initiative 2017 abgeschaltet werden. «So what?» werden sich manche sagen, «wir steigen ja sowieso aus.» Das stimmt, aber eben geordnet – und nicht überhastet.

Die Energiestrategie 2050 sieht einen geordneten Ausstieg vor. Der notwendige Zubau von erneuerbaren Energien wäre zwar immer noch teuer, doch zumindest theoretisch möglich. Denn wo immer konkrete Projekte anstehen, gibt es Widerstand in der Bevölkerung. Kurz gesagt: Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht immer auch im Konflikt mit berechtigten Anliegen von Umwelt und Landschaftsschutz.

Je rascher und überhasteter die KKW abgeschaltet werden, desto weniger Zeit bleibt uns für nachhaltige Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien (Wasser, Wind, Biomasse und Solarenergie). Die Folgen könnten verhängnisvoll sein. 2020 entfallen die Lieferverträge von Atomstrom aus Frankreich. Das ist noch keine Katastrophe. Denn der Strom an der europäischen Strombörse kostet gerade mal 2,5 bis 4 Rappen pro Kilowattstunde.

Wir könnten uns aber rasch an die importierte billige Bandenergie (Braunkohle, KKW) gewöhnen. Wer um Himmels Willen sollte also in diesem Land noch ein Interesse daran haben, später einheimische Projekte mit ebenso teurer wie unsicherer Spitzenenergie mit Steuergeldern zu fördern? Ein chaotischer Ausstieg ab 2017 hätte zudem bei der Aspo einen Verlust von 4,1 Milliarden zur Folge. Das macht für unseren Kanton einen rechnerischen Verlustanteil von rund 320 Millionen Franken. Wollen wir das? Können wir uns das leisten? Die Antwort ist klar: Nein zur Ausstiegsinitiative.

Finanzausgleich 2016 der Schaffhauser Gemeinden

Mehr Geld für die finanzschwachen Gemeinden

POLITIK – Rund 4,5 Millionen Franken wandern von den beitragspflichtigen Gemeinden und dem Kanton an die anspruchsberechtigten Gemeinden.

Daniel Thüler

Schaffhausen. Das Volkswirtschaftsdepartement informierte am vergangenen Freitag einerseits über den Schaffhauser Finanzausgleich 2016, andererseits über die Finanzlage der Schaffhauser Gemeinden im Vorjahr. Der kantonale Finanzausgleich bestehe aus einem teilweisen Ausgleich der Unterschiede bei der kommunalen Steuerkraft (Ressourcenausgleich) sowie aus einer Kompensation der nicht beeinflussbaren grössten Lasten der Gemeinden (Lastenausgleich) wie Bildung, Sozialhilfe, Polizei und Zentrumsfunktion, erklärt Peter Schenk, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Amtes für Justiz und Gemeinden.



Ernst Landolt und Peter Schenk (v.l.) präsentieren den Finanzausgleich 2016 und informieren über die Finanzlage der Schaffhauser Gemeinden.

Bild: Daniel Thüler

Wie Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt ausführte, belaufen sich die Ansprüche der Gemeinden an den Ressourcen- und Lastenausgleich auf 2,2 und an den Lastenausgleich auf 2,3 Millionen Franken. Die Finanzierung wird je hälftig vom Kanton und von den ressourcenstarken respektive lastenarmen Kommunen getragen.

Der Ressourcen- und Lastenausgleich zum Vorjahr um 400'000 Franken angewachsen. «Grund dafür ist, dass sich in den meisten finanzschwachen Gemeinden die Steuerkraft unterdurchschnittlich entwickelt hat», erklärt Peter Schenk. Dass die Steuerkraft der Gemeinden insgesamt zugenommen hat, sei insbesondere auf die

hohen Steuereinnahmen der Stadt Schaffhausen zurückzuführen. Dadurch haben auch Bagen und Hemishofen wieder Anspruch auf einen Finanzausgleich. Somit befinden sich 2016 13 Gemeinden auf der zahlenden und 13 Gemeinden auf der empfangenden Seite.

Der Lastenausgleich fällt dagegen um 200'000 Franken tiefer aus. «Dies ist hauptsächlich auf die Stagnation oder Abnahme der Schülerzahlen in den anspruchsberechtigten Gemeinden zurückzuführen», so Peter Schenk.

Am meisten an den Finanzausgleich zahlen Thayngen (332'304 Franken), Neuhausen am Rheinfall (285'216 Franken), Stein am Rhein (248'668 Franken) und Beringen (237'689 Franken). Das meiste Geld erhält die Stadt Schaffhausen (1,035 Millionen Franken – 100'000 Franken weniger als 2015), gefolgt von Merisshausen (567'495 Franken), Schleithem (532'998 Franken), Beggingen (426'759 Franken) und Trasdigen (412'104 Franken).